

# Dossier Saarland

## Erkenntnisse zu Rechtsextremismus im Internet unter Jugendschutzaspekten

Stand: August 2014

### Rechtsextremismus online: Allgemeine Entwicklungen und Trends

Die Internetlandschaft hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Interaktive Dienste mit überwiegend user-generierten Inhalten lösen statische Websites mehr und mehr ab. Rechtsextreme haben die Chancen dieser Entwicklung für die Verbreitung von Hasspropaganda erkannt und knüpfen am Medienverhalten der jungen Generation an: Für die Ansprache, Rekrutierung und Mobilisierung neuer Anhänger nutzen sie vor allem Facebook, YouTube und ähnlich beliebte Dienste.

Gegenüber dem herkömmlichen Web erhöhen die Verbreitungswege im Social Web wie "Beitrag teilen"- oder "Gefällt mir"-Buttons die Wahrscheinlichkeit, dass Jugendliche mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Inhalten konfrontiert werden. Weil User Websites meist gezielt ansteuern, wirken sie kaum über Szenegrenzen hinaus. Dienste des Social Web wenden sich hingegen an breite Nutzerkreise.

Parallel haben Rechtsextreme ihre Webauftritte professionalisiert: Angebote sind technisch moderner gestaltet und sollen über multimediale und interaktive Elemente Heranwachsende ansprechen. Die Inhalte sind dabei zumeist niedrigschwellig gestaltet und der rechtsextreme Kontext ist erst auf den zweiten Blick zu erkennen.

Für das Jahr 2013 dokumentierte jugendschutz.net insgesamt 1.628 jugendschutzrelevante rechtsextreme Websites und sichtete knapp 4.000 Beiträge im Social Web.

### Landesspezifische Auswertung für das Saarland

Im Juli 2014 dokumentierte jugendschutz.net 7 Websites und 21 Social Web-Profilen: von Kameradschaften (Social Web: 1), der NPD (Websites: 2, Social Web: 15) und aus dem Umfeld von Versandhändlern, Szenediensten und Musik (Websites: 5, Social Web: 4) sowie sonstigen Akteuren der rechtsextremen Szene (Social Web: 1).

### KAMERADSCHAFTSSZENE UND NPD

Derzeit sind jugendschutz.net keine aktiven Internetangebote aus der saarländischen Kameradschaftsszene bekannt, die meisten Szeneaktivitäten im Internet gehen von der NPD

aus. Dabei gibt es enge Verflechtungen mit Kameradschaften aus Rheinland-Pfalz. In anderen Bundesländern gehen NPD und Kameradschaftsszene zumindest öffentlich auf Distanz zueinander, um vermeintliche Seriosität als Partei oder Radikalität als Neonazigruppe zu betonen.

Im Saarland hingegen brüstet sich der NPD-Kreisverband Saar-Pfalz, die Kameradschaft aus dem Nachbarland bei ihrem sogenannten Trauermarsch anlässlich der Bombardierung Zweibrückens unterstützt zu haben. Durch die öffentliche Aufbereitung der Aktion bei Facebook zeichnet die Szene das Bild einer verschworenen Gemeinschaft und stärkt so den Zusammenhalt nach innen.



Kleiner Grenzverkehr: Ein Kreisverband der NPD aus dem Saarland besucht eine Kameradschaft im Nachbarland.

An anderer Stelle steht die Ansprache breiter Bevölkerungsschichten im Vordergrund: Der NPD-Funktionär Frank Franz nutzt hierfür geschickt die Möglichkeiten des Social Web. Mit gestellten und nachbearbeiteten Fotos präsentiert er sich als nachdenklicher Mann des Volkes, greift tagesaktuelle Nachrichten aus der seriösen Presse auf, stellt Fragen an seine Fans oder hinterlässt moderate Kommentare. In einem YouTube-Video erklärt er diese Strategie: Es gehe darum, verbal abzurüsten, um die eigene Randständigkeit zu überwinden. Die menschenverachtenden und antidemokratischen Aussagen überlässt er dann den Usern, die in Kommentaren zum Sturm auf den Reichstag aufrufen oder verlangen, die Flüchtlinge ohne Boot auf dem Meer auszusetzen.

zen. Mit dieser Strategie hat Franz zumindest bei Facebook durchaus Erfolg: Über 13.000 Likes sowie beinahe 1.300 User, "die darüber sprechen" konnte Franz mittlerweile für seine Seite sammeln.



Harmloses Auftreten für maximale Reichweite: Frank Franz bei Facebook.

Eine weitere Mobilisierungsstrategie wählt die Seite "NEIN zur Straßenprostitution in Saarbrücken", die der NPD nahesteht. Die Seite thematisiert die in Saarbrücken viel diskutierte Prostitution in der Stadt. Die Seite ist nicht als NPD-Seite zu erkennen. Ein Parteologo findet sich auf der Seite nicht, vielmehr scheint es auf den ersten Blick der Auftritt einer Bürgerinitiative zu sein. Erst bei genauerem Hinsehen fällt auf, dass ein Beitrag einen Wahlauftritt der NPD zur Europawahl enthält oder dass eine andere Seite empfohlen wird, auf der sich offene NPD-Propaganda findet. Über emotional aufgeladene Themen – in anderen Städten ist es beispielsweise eine Flüchtlingsunterkunft – versucht die NPD ihre Themen in der Öffentlichkeit zu etablieren. Über 2.500 Leute gaben der Seite aus Saarbrücken ein "Gefällt mir" und erhalten so regelmäßig die Nachrichten der Seite.

## SZENEDIENSTE, MUSIK & SONSTIGE STRÖMUNGEN

Im Bereich rechtsextremer Szenedienste, Versandhändler und Musik aus dem Saarland sind keine Akteure im Web aktiv vertreten, auch die szenintern erfolgreiche Band Jungsturm nicht. Ihre Musik wird aber im Social Web z.B. über YouTube oder auf Downloadplattformen verbreitet, wo sie einer großen Öffentlichkeit zugänglich ist.

Weiterhin haben sich in den letzten Jahren verschiedene rechtsextreme Strömungen etabliert. Eine dieser Gruppierungen ist die überwiegend im Internet aktive sogenannte "Identitäre Bewegung". Ihr poppigere Auftreten und die griffigen Slogans sind direkt an ein junges Publikum gerichtet. Die "Identitäre Bewegung" selbst ist durch ihr jugendaffines Auftreten und der damit verbundenen hohen Reichweite von erhöhter Jugendschutzrelevanz. Auf der saarländischen Seite der Bewegung werden aktuell jedoch kaum eigene Inhalte verbreitet und sie verfügt über keine nennenswerte Reichweite.

## Einschätzung und Handlungsmöglichkeiten

Rechtsextremismus im Internet ist ein anhaltendes Phänomen und die Versuche der Protagonisten, Jugendliche negativ zu beeinflussen, sind vielfältig. Charakteristisch sind mittlerweile subversive Aktionsformen und eine Symbol- und Medienwelt, die an jugendkulturellen Phänomenen orientiert sind.

Diese Entwicklungen haben die Jugendschutzrelevanz des Rechtsextremismus im Internet verschärft und erfordern mehr denn je eine mehrdimensionale Strategie. Rechtliche Verstöße müssen konsequent geahndet werden, Plattformbetreiber soziale Verantwortung zeigen und Hassbotschaften löschen.

Auch seitens der Internetuser gilt es, sich zu solidarisieren und Rechtsextremen im Netz konsequent die Rote Karte zu zeigen. Dafür müssen sie durch (Medien-) pädagogische Aufklärungsarbeit in die Lage versetzt werden, rechtsextreme Codes zu erkennen und die menschenverachtende Grundeinstellung dahinter zu entlarven. Dazu gehört auch, gemeinsam Handlungsoptionen zu entwickeln und damit Zivilcourage und Counterspeech im Netz anzuregen.

Verantwortlich: Christiane Schneider

Text und Recherche: Martin Hünemann, Michael Wörner-Schappert

## ÜBER DIE LANDESDOSSIERE VON JUGENDSCHUTZ.NET

Die Landesdossiers geben einen bundeslandspezifischen Überblick über die Erkenntnisse zu Rechtsextremismus im Internet unter Jugendschutzgesichtspunkten. Im Zentrum stehen Angebote, für die bestimmte Elemente rechtsextremen Denkens kennzeichnend sind, z.B. das Leitbild einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft, übersteigter Nationalismus (häufig verknüpft mit der Abwertung anderer Nationen), Ablehnung der Gültigkeit von Grundrechten für alle Menschen durch Antisemitismus, Rassismus, Sexismus etc., Ablehnung des parlamentarisch-pluralistischen Systems, Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus (Vgl. auch Richard Stöß: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005).

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass vor allem Angebote aus dem Spektrum von Neonazi-Gruppen, der NPD sowie von Versandhändlern und Szenediensten als relevant eingestuft werden können. Sie weisen meist einen unmittelbaren lokalen Bezug zu Gruppierungen und Aktionen auf. Doch auch neuere Entwicklungen und rechtsextreme Strömungen hat jugendschutz.net im Blick, insbesondere wenn diese jugendaffine Elemente und Formen der Ansprache enthalten und sich gezielt an junge User richten.

## BEWERTUNGSGRUNDLAGE

Grundlage für die Bewertung der recherchierten Webangebote ist der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV). Darin ist festgeschrieben, welche Inhalte im Internet nicht verbreitet werden dürfen. Im Katalog der Unzulässigkeitstatbestände lt. § 4 JMStV finden sich für den Bereich Rechtsextremismus die einschlägigen Normen aus dem Strafgesetzbuch wieder, konkret: §§ 86, 86a, 130, 130a, 131 StGB. Diese Inhalte unterliegen einem absoluten Verbreitungsverbot. Demgegenüber dürfen jugendgefährdende Inhalte (z.B. Verherrlichung der nationalsozialistischen Ideologie) nach einer Indizierung durch die BPjM (Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien) zwar Erwachsenen, nicht jedoch Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht werden (§ 4 Abs. 2 JMStV).

## HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

Dokumentiert jugendschutz.net Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen, werden Gegenmaßnahmen eingeleitet. Fälle, bei denen ein Inhaltsverantwortlicher bekannt ist, leitet die Stelle zur Einleitung von rechtlichen Verfahren an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) weiter. Darüber hinaus kontaktiert jugendschutz.net Provider im In- und Ausland und bittet um Löschung unzulässiger Inhalte. Deutsche Dienste sind ab Kenntnis der unzulässigen Inhalte verpflichtet, die Verstöße zu entfernen, doch auch ausländische Dienste wie Facebook oder YouTube löschen Inhalte, die gegen die Nutzungsrichtlinien der Dienste verstoßen.

## WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Angebot von jugendschutz.net zu Rechtsextremismus: <http://hass-im-netz.info>
- Bericht "Rechtsextremismus online" sowie weitere Landesdossiers von jugendschutz.net: <http://hass-im-netz.info/materialien/berichte-informationen>
- Themenfeature und aktuelle Themenpapiere: <http://www.hass-im-netz.info/aktuell/feature>

## ÜBER JUGENDSCHUTZ.NET

jugendschutz.net wurde 1997 von den Jugendministerien der Bundesländer gegründet und ist seit 2003 an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angebunden. Die länderübergreifende Stelle drängt auf die Einhaltung des Jugendschutzes und sorgt dafür, dass Anbieter problematische Inhalte ändern, löschen oder für Kinder und Jugendliche blockieren. Seit 2000 beschäftigt sich jugendschutz.net mit Rechtsextremismus im Internet. Diese Arbeit wird derzeit vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ gefördert.

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms  
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.

